



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 5. bis 8. Oktober 2015

Debatte zur Lage der EU mit Angela Merkel und François Hollande

Der französische Präsident François Hollande und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel werden dem Europäischen Parlament am Mittwoch in Straßburg einen offiziellen Besuch abstatten. Der gemeinsame Auftritt 25 Jahre nach der Wiedervereinigung und 26 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer knüpft an den Besuch von Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl an, die im November 1989 vor dem Parlament gesprochen haben.

5

König Felipe von Spanien hält Ansprache vor dem Plenum

Am Mittwoch um 12:00 Uhr wird König Felipe VI. von Spanien sich im Rahmen einer förmlichen Ansprache an das Europäische Parlament richten. Nach einer Visite in Brüssel am 15. April ist es der zweite Besuch des Monarchen im Parlament seit seiner Amtseinführung im Juni 2014. Sein Vater Juan Carlos I. ist zweimal vor dem Parlament aufgetreten, und zwar 1986, kurz nach dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft, und 1998.

6

Debatte zu den Ergebnissen des EU-Gipfels zur Flüchtlingskrise

Bei der Aussprache mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk und dem Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker am Dienstag um 9:00 Uhr geht es um die von den EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Sondergipfel am 23. September verabschiedeten Maßnahmen zur Bewältigung der beispiellosen Flüchtlingskrise. Die humanitäre Situation der Flüchtlinge in der EU und den Nachbarländern ist Thema einer weiteren Debatte, ebenfalls am Dienstag.

7

Abgasskandal: Debatte über Emissionsmessungen im Automobilsektor

Der Abgasskandal bei Volkswagen wird die Debatte über Emissionsmessungen im Automobilsektor dominieren, die für Dienstag auf der Tagesordnung steht. Die für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zuständige EU-Kommissarin Elzbieta Bieńkowska wird auf eine parlamentarische Anfrage hin erklären, wie die Kommission die Manipulationen untersuchen will, ob neben NOx auch andere Schadstoffemissionen wie z.B. CO2 betroffen sind und wie die Emissionsprüfungen in der EU verbessert werden sollen.

8

Endgültige Abstimmung über Zahlungsdienste-Richtlinie

Die Neufassung der EU-Vorschriften für Zahlungsdienste soll verstärkte Sicherheitsanforderungen bringen, den Verbrauchern eine größere Auswahl verschaffen und mit den neuesten Entwicklungen Schritt halten. Am Donnerstag

stimmen die Abgeordneten über einen im Mai mit dem Rat erreichten Kompromiss ab. Damit soll auch der Wettbewerb unter den Anbietern verbessert werden, um so die Kosten für Zahlungsdienste zu senken, und die Entwicklung mobiler oder Online-Zahlungsanwendungen unterstützt werden. 10

Parlament stimmt über besseren Schutz für traditionelles Know-how ab

"Schwarzwälder Schinken", "Nürnberger Bratwürste" und andere, regionaltypische landwirtschaftliche Spezialitäten sind in der EU bereits einheitlich durch die geschützten geografischen Herkunftsangaben abgedeckt. Am Dienstag stimmt das Parlament über eine Entschließung ab, die fordert, diesen Schutz auch auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse wie Meissner Porzellan oder Kölnisch Wasser auszudehnen. Der Textentwurf ruft die Kommission dazu auf, unverzüglich einen Gesetzesvorschlag vorzulegen. 11

“Small-Claims“-Verfahren: Schwellenwert soll auf 5000 Euro angehoben werden

Kapitalmarktunion: Parlament startet Debatte zum Aktionsplan der EU-Kommission

Außenpolitische Debatte mit Mogherini zu Türkei, Syrien, Libyen

Bezahlung von Frauen und Männern: Lohngefälle in der EU verringern

Millionenhilfen für entlassene Opel-Arbeitnehmer in Bochum

Nord Stream: Debatte zu geplanter Erweiterung der deutsch-russischen Erdgasleitung

Weitere Themen auf der Tagesordnung

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2015-10-05>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Jens POTTARST

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 22 80 12 00

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ Presse-de@ep.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Debatte zur Lage der EU mit Angela Merkel und François Hollande

Der französische Präsident François Hollande und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel werden dem Europäischen Parlament am Mittwoch in Straßburg einen offiziellen Besuch abstatten. Der gemeinsame Auftritt 25 Jahre nach der Wiedervereinigung und 26 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer knüpft an den Besuch von Präsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl an, die im November 1989 vor dem Parlament gesprochen haben.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz um 15:00 Uhr werden Hollande und Merkel jeweils eine 20-minütige Ansprache halten. Dabei sprechen sie als Mitglieder des Europäischen Rates. Dann diskutieren sie mit den Fraktionsvorsitzenden über die aktuelle Lage der EU bis 17:00 Uhr.

Debatte: Mittwoch, den 7. Oktober

#Merkel #Hollande

Weitere Informationen

[Pressekonferenz von Martin SCHULZ, Präsident des Europäischen Parlaments \(01.10.2015\)](#)

[Audiovisuelles Material: Besuch von Helmut KOHL, deutscher Bundeskanzler, und François MITTERRAND, französischer Präsident \(22. November 1989\)](#)

[Audiovisuelles Material: Reden von Helmut KOHL, deutscher Bundeskanzler, und François MITTERRAND, französischer Präsident \(22. November 1989\)](#)

[Link zum audiovisuellen Archiv zum Thema](#)

[EP-Studie: Die deutsch-französischen Beziehungen - Ein Überblick](#)

König Felipe von Spanien hält Ansprache vor dem Plenum

Am Mittwoch um 12:00 Uhr wird König Felipe VI. von Spanien sich im Rahmen einer förmlichen Ansprache an das Europäische Parlament richten. Nach einer Visite in Brüssel am 15. April ist es der zweite Besuch des Monarchen im Parlament seit seiner Amtseinführung im Juni 2014. Sein Vater Juan Carlos I. ist zweimal vor dem Parlament aufgetreten, und zwar 1986, kurz nach dem Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft, und 1998.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz hatte König Felipe im April dazu eingeladen, in Straßburg eine Rede vor dem Plenum zu halten.

Verfahren: Feierliche Sitzung

Datum: Mittwoch, den 7. Oktober, 12:00 Uhr

#KingofSpain

Weitere Informationen

[Webseite des spanischen Königshauses](#)

Debatte zu den Ergebnissen des EU-Gipfels zur Flüchtlingskrise

Bei der Aussprache mit dem Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk und dem Präsidenten der EU-Kommission Jean-Claude Juncker am Dienstag um 9:00 Uhr geht es um die von den EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Sondergipfel am 23. September verabschiedeten Maßnahmen zur Bewältigung der beispiellosen Flüchtlingskrise. Die humanitäre Situation der Flüchtlinge in der EU und den Nachbarländern ist Thema einer weiteren Debatte, ebenfalls am Dienstag.

Bei dem informellen Gipfeltreffen am 23. September ging es um dringende Hilfen für die Flüchtlinge einschließlich zusätzlicher Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro zugunsten des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) und des Welternährungsprogramms (WFP) sowie einer Erhöhung der EU-Unterstützung für Libanon, Jordanien und die Türkei und strengere Kontrollen an den EU-Außengrenzen.

Das Thema wird auch ganz oben auf der Tagesordnung für den nächsten EU-Gipfel am 15.-16. Oktober stehen.

Debatte: Dienstag, den 6. Oktober

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#EUCO #refugeecrisis #migrationEU #asylumseekers

Weitere Informationen

[Informelle Tagung der Staats- und Regierungschefs, 23. September 2015 - Erklärung Europäischer Rat, 15-16/10/2015 - Tagesordnung](#)

Abgasskandal: Debatte über Emissionsmessungen im Automobilssektor

Der Abgasskandal bei Volkswagen wird die Debatte über Emissionsmessungen im Automobilssektor dominieren, die für Dienstag auf der Tagesordnung steht. Die für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU zuständige EU-Kommissarin Elzbieta Bieńkowska wird auf eine parlamentarische Anfrage hin erklären, wie die Kommission die Manipulationen untersuchen will, ob neben NOx auch andere Schadstoffemissionen wie z.B. CO2 betroffen sind und wie die Emissionsprüfungen in der EU verbessert werden sollen.

„Angesichts der Tatsache, dass die Bürger sowie auch deren Gesundheit und die Luftqualität geschützt werden müssen und dafür gesorgt werden muss, dass die Verbraucher den in Europa geltenden Standards und Typpenehmigungsverfahren auch künftig Vertrauen entgegenbringen, müssen unbedingt Informationen vorgelegt werden, anhand deren bewertet werden kann, ob auch die europäischen Prüfsysteme durch Manipulation beeinträchtigt worden sind“, steht in der parlamentarischen Anfrage.

Bereits lange vor dem Abgasskandal bei Volkswagen hatten die Abgeordneten wiederholt davor gewarnt, dass die Abgas-Testverfahren einem realistischen Fahrbetrieb Rechnung tragen sollten, und dementsprechend bestimmte Gesetze abgeändert. Sie hatten hervorgehoben, dass Autohersteller die Schwächen der geltenden Verfahren ausnutzen, was schließlich zu offiziellen Verbrauchs- und Emissionswerten geführt hat, die weit unter den wirklichen liegen.

Debatte: Dienstag, den 6. Oktober

Abstimmung über die Entschliebung: Oktober-III-Plenarsitzung (26.-29.10)

Verfahren: Parlamentarische Anfrage an die Kommission (mit Entschliebung)

#Volkswagen #VWgate

Weitere Informationen

[Mündliche Anfrage an die Kommission](#)

[EPRS-Studie: "Vehicle emission tests: beyond the VW case" \(auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung: "MEPs push for real life emissions test protocol" \(23.09.2015, auf Englisch\)](#)

Endgültige Abstimmung über Zahlungsdienste-Richtlinie

Die Neufassung der EU-Vorschriften für Zahlungsdienste soll verstärkte Sicherheitsanforderungen bringen, den Verbrauchern eine größere Auswahl verschaffen und mit den neuesten Entwicklungen Schritt halten. Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über einen im Mai mit dem Rat erreichten Kompromiss ab. Damit soll auch der Wettbewerb unter den Anbietern verbessert werden, um so die Kosten für Zahlungsdienste zu senken, und die Entwicklung mobiler oder Online-Zahlungsanwendungen unterstützt werden.

Falls das Parlament zustimmt, muss der Kompromisstext noch vom Rat formal gebilligt werden.

Debatte: Mittwoch, den 7. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 8. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#PSD2 #paymentservices #consumer #security

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zum Kompromiss mit dem Rat \(05.05.2015\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatler Antonio Tajani \(EVP, IT\)](#)

[EP-Studie: "Consumer protection aspects of mobile payments" \(auf Englisch\)](#)

Parlament stimmt über besseren Schutz für traditionelles Know-how ab

"Schwarzwälder Schinken", "Nürnberger Bratwürste" und andere, regionaltypische landwirtschaftliche Spezialitäten sind in der EU bereits einheitlich durch die geschützten geografischen Herkunftsangaben abgedeckt. Am Dienstag stimmt das Parlament über eine Entschließung ab, die fordert, diesen Schutz auch auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse wie Meissner Porzellan oder Kölnisch Wasser auszudehnen. Der Textentwurf ruft die Kommission dazu auf, unverzüglich einen Gesetzesvorschlag vorzulegen.

Der Entschließungsentwurf fordert einen EU-weiten Schutz geografischer Angaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse wie zum Beispiel böhmisches Kristallglas, schottische Karostoffe oder Carrara-Marmor, damit, laut Text des Entwurfs, „die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des Schutzes der Einzigartigkeit und Qualität dieser Erzeugnisse umfassend genutzt werden können, den Verbrauchern verlässliche Informationen über Ort und Methode der Herstellung an die Hand gegeben werden und das Know-how und die Arbeitsplätze im Zusammenhang mit diesen Erzeugnissen erhalten bleiben“. So kann auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Produktfälschung und anderer unfairer Praktiken geleistet werden, steht weiter in dem Text.

Debatte: Montag, den 5. Oktober

Abstimmung: Dienstag, den 6. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#GeographicalIndications #handicraft #GI

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf über die mögliche Ausdehnung des Schutzes der geografischen Angaben der EU auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Virginie Rozière \(S&D, FR\)](#)

[Artikel: „Rozière: Schutz geografischer Angaben für traditionelle Produkte bringt Vorteile für Konsumenten“](#)

[Webseite der EU-Kommission zu geografischen Herkunftsangaben für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse \(auf Englisch\)](#)

[Die Liste der 834 identifizierten Produkte finden Sie in diesem Dokument ab Seite 563:](#)

“Small-Claims“-Verfahren: Schwellenwert soll auf 5000 Euro angehoben werden

Das EU-Verfahren, Streitigkeiten in grenzüberschreitenden Rechtssachen mit geringem Streitwert einfacher und schneller beizulegen, soll ausgeweitet werden. Laut Kompromiss mit dem Rat soll der Schwellenwert für geringfügige Forderungen von 2000 auf 5000 Euro steigen. Zudem sollen Anreize zur Verwendung elektronischer Dienste wie Videokonferenzen zur Beilegung von Streitigkeiten geschaffen werden. Insgesamt sollen so auch geringere Gerichtsgebühren anfallen.

Die Debatte steht für Dienstag und die Abstimmung für Mittwoch auf der Tagesordnung.

Das einheitliche „Small-Claims“-Verfahren der EU gibt es seit 2009 und bietet insbesondere Verbrauchern sowie kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit, durch die Nutzung von Standard-Formularen Forderungen in einem anderen EU-Land durchzusetzen und so den Zugang zur Justiz zu sichern. Es ist eine Alternative zu den in den Mitgliedstaaten bestehenden innerstaatlichen Verfahren. Ein im „Small-Claims“-Verfahren ergangenes Urteil wird in einem anderen Mitgliedstaat anerkannt und vollstreckt.

Das Verfahren hat die mit grenzüberschreitenden Gerichtsverfahren in Bezug auf geringfügige Forderungen verbundenen Kosten um 40 % reduziert und die Verfahrensdauer von bis zu zwei Jahren und fünf Monaten auf einen Durchschnitt von fünf Monaten gesenkt.

Debatte: Dienstag, den 6. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, den 7. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

#SmallClaims

#crossborder

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(auf Englisch\) \(23.06.2015\)](#)

[Berichterstatteerin Lidia Joanna GERINGER DE OEDENBERG \(S&D, PL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten:](#)

[EU-Kommission: Factsheet zum "Small-Claims"-Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[E-Justice: Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen \(mit Links zu den Formularen\)](#)

[EPRS Briefing: Reform of the European Small Claims Procedure \(auf Englisch\)](#)

[EPRS: Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen - Rechtliche Analyse des Vorschlags der Kommission zur Behebung von Unzulänglichkeiten im derzeitigen System](#)

[Text des Kompromisses zwischen Parlament und Rat](#)

Kapitalmarktunion: Parlament startet Debatte zum Aktionsplan der EU-Kommission

In einer Debatte am Mittwoch wird der Vizepräsident der EU-Kommission Jyrki Katainen den Abgeordneten zum Thema Kapitalmarktunion Rede und Antwort stehen. Der Aktionsplan soll Investitionen in allen 28 EU-Ländern fördern, indem bestehende Hindernisse beseitigt und Finanzierungskosten gesenkt werden.

Der Aktionsplan für den Aufbau einer Kapitalmarktunion wurde am Mittwoch, den 30. September von Jonathan Hill, EU-Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, vorgestellt.

Die Abgeordneten werden Katainen erwartungsgemäß fragen, wie die EU ihre wahrhaft eigene Version einer Kapitalmarktunion aufbauen soll, sowie nach KMU-freundlichen Vorschriften und ob die künftigen Gesetze auch geltenden Finanzbestimmungen entsprechen.

Im Juli hat das Parlament eine nichtlegislative Entschließung verabschiedet, als Reaktion auf die bereits vor dem Sommer angekündigte Kapitalmarktunion. Darin forderten die Abgeordneten, dass zusätzlich zu den herkömmlichen auch zuverlässige Nichtbanken-Finanzierungsquellen entwickelt werden sollten. Das Parlament pocht darauf, dass die Bausteine für eine voll funktionsfähige Kapitalmarktunion – z. B. eine möglichst breite Auswahl an Finanzierungsstrukturen, Instrumente zur Risikominderung und mehr und bessere Finanzinformationen für Anleger – bis spätestens 2018 umgesetzt sein sollten.

Debatte: Mittwoch, den 7. Oktober

Verfahren: Erklärung der Kommission mit anschließender Debatte

#CapitalMarkets #CMU

Weitere Informationen

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 2015 zu der Schaffung einer Kapitalmarktunion](#)

[EPRS-Notiz: Capital Markets Union - What Think Tanks are thinking \(auf Englisch\)](#)

[EPRS-Studie: The Capital Markets Union Package \(auf Englisch\)](#)

[GRÜNBUCH der EU-Kommission zur Schaffung einer Kapitalmarktunion](#)

[Der Vorsitzende des ECON-Ausschusses Roberto Gualtieri \(S&D, IT\) und Burkhard Balz \(EVP, DE\), Ko-Berichterstatter für die Entschließung, kommentieren den Aktionsplan der EU-Kommission](#)

Außenpolitische Debatte mit Mogherini zu Türkei, Syrien, Libyen

Am Mittwochmorgen wird die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini den Abgeordneten in einer Debatte zu aktuellen außenpolitischen Fragen Rede und Antwort stehen. Im Einzelnen geht es um die aktuelle Lage in der Türkei im Vorfeld der Wahlen im November und darum, wie die EU zum Ende des Bürgerkriegs in Syrien beitragen kann, vor dem Hintergrund der andauernden Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum. Ein weiteres Thema ist die Situation in Libyen (Dienstagnachmittag).

Debatten: Dienstag, den 6. Oktober (Libyen), Mittwoch, den 7. Oktober (Syrien, Türkei)

Verfahren: Erklärung der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

#Syria #Turkey #Libya #ISIS

Bezahlung von Frauen und Männern: Lohngefälle in der EU verringern

Trotz der Richtlinie aus dem Jahr 2006 zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt bestehen die Unterschiede bei der Vergütung zwischen den Geschlechtern weiter und steigen infolge der Krise sogar an, so der Text eines Entschließungsentwurfs, über den das Parlament am Donnerstag diskutiert und abstimmt. Darin fordert es die EU-Kommission auf, unverzüglich einen neuen Gesetzesvorschlag zu machen.

Das Parlament verlangt von der Kommission, umgehend einen Vorschlag auszuarbeiten, um die Richtlinie von 2006 zu ersetzen „und in diesen Vorschlag geeignete Instrumente zur Überwachung der Einführung und Durchführung der Bestimmungen der Richtlinie auf der Ebene der Mitgliedstaaten aufzunehmen“, so der Entwurfstext.

In den Mitgliedstaaten sind nur sehr langsame Fortschritte bei der Umsetzung des Grundsatzes des gleichen Entgelts zu verzeichnen, so der Text des Entschließungsentwurfs, in dem weiterhin steht, „dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle immer noch existiert und bei 16,4% im EU-Durchschnitt liegt, wobei es beträchtliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt.“

Der Text fordert die Kommission auf, in der neuen Richtlinie obligatorische Lohnprüfungen für Unternehmen vorzusehen, die in EU-Mitgliedstaaten börsennotiert sind, sowie Sanktionen auf EU-Ebene, wodurch Unternehmen, die ihrer Verantwortung hinsichtlich der Geschlechtergleichstellung nicht nachkommen, von der öffentlichen, aus dem EU-Haushalt finanzierten Beschaffung von Waren und Dienstleistungen ausgeschlossen würden.

Des Weiteren fordert der Text des Entschließungsentwurfs:

- Leitlinien für berufliche Einstufung und Arbeitsplatzbewertung;
- Objektive Kriterien zum Vergleich „gleichwertiger Arbeit“;
- Lohntransparenz (um geschlechtsabhängige Ungleichbehandlungen und Diskriminierungen bei der Vergütung offenzulegen), und
- kostenfreien Rechtsbeistand für Diskriminierungsopfer.

Debatte: Donnerstag, den 8. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, den 8. Oktober

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

#equalpayforequalwork #women #paygap

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen](#)

[Berichterstatteerin Anna Záborská \(EVP, SK\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Studie zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle \(auf Englisch\)](#)

[Eurostat: Statistiken über das geschlechtsspezifische Lohngefälle \(Februar 2015\)](#)

[Webseite der EU-Kommission: Gleichstellung von Frauen und Männern – die Situation in der EU](#)

[Die Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles in der Europäischen Union:](#)

[Eurobarometer-Bericht \(8/03/2012\): Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Union:](#)

[Geschlechtsspezifisches Lohngefälle bei den Renten EU \(auf Englisch\)](#)

[Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Gleiche Einkommenschancen für Frauen und Männer: Abbau des geschlechtsbedingten Rentengefälles"](#)

Millionenhilfen für entlassene Opel-Arbeitnehmer in Bochum

Über 7300 Arbeitnehmer in Deutschland, Belgien und Italien, die bei zwei Autoherstellern, darunter Opel in Bochum, und einer Airline ihre Jobs verloren haben, sollen bei der Suche nach einer neuen Anstellung mit insgesamt 14,6 Millionen Euro von der EU unterstützt werden, wenn das Plenum am Dienstag die entsprechenden Vorschläge annimmt.

Land	Unternehmen	Anzahl Begünstigte	Höhe der Unterstützung (in €)	Branche	Berichterstatter im Parlament
Deutschland	Adam Opel AG	2692	6.958.623	Automobil	Jens Geier (S&D, DE)
Belgien	Ford Genk, 11 Zulieferer	4500	6.268.564	Automobil	Paul Rübig (EVP, AT)
Italien	Alitalia	184	1.414.848	Luftfahrt	Monika Vana (Grüne/EFA, AT)

Billigt das Parlament die Anträge für die Hilfsmittel aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF), muss noch der Rat der EU zustimmen.

Abstimmung: Dienstag, den 6. Oktober

Verfahren: Haushaltsverfahren

#Opel #Germany #Ford #Belgium #Alitalia #Italy #Bulgaria #Greece #EUBudget

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(29.09.2015\)](#)

Nord Stream: Debatte zu geplanter Erweiterung der deutsch-russischen Erdgasleitung

Gazprom und verschiedene europäische Energiefirmen haben vor kurzem angekündigt, die Kapazität der deutsch-russischen Erdgasleitung Nord Stream verdoppeln zu wollen. Einige Abgeordnete befürchten, dies könnte die Abhängigkeit von Russland verstärken, die Ukraine schwächen und Konsequenzen für jene EU-Länder haben, die von der Pipeline umgangen werden. Am Mittwochabend findet zu dem Thema eine Debatte mit Vertretern der luxemburgischen Ratspräsidentschaft und der Kommission statt.

In einer parlamentarischen Anfrage verschiedener Fraktionen äußern die Abgeordneten Befürchtungen, dass die Pläne, die vom russischen Energieunternehmen Gazprom und den europäischen Firmen E.ON, Shell, OMV, BASF/Wintershall und ENGIE veröffentlicht wurden, die Abhängigkeit der EU von Russland verstärken und die politischen, sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Interessen von Estland, Lettland, Litauen, Polen und anderen EU-Staaten schädigen könnten, die von der Pipeline umgangen werden. Die Abgeordneten befürchten ebenfalls, dass die Ukraine noch stärker gefährdet wird, wenn sie ihre strategische Rolle als Transitland auf der Transitroute zwischen EU und Russland verlieren würde. Die Nord Stream Erdgasleitung verläuft zwischen der russischen Ostseeküste bei Vyborg und der deutschen Ostseeküste nahe Greifswald.

Debatte: Mittwoch, den 7. Oktober

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#NordStream2

Weitere Informationen

[Parlamentarische Anfrage zu Nord Stream](#)

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Weitere Tagesordnungspunkte

- Allgemeine Bestimmungen über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds: spezifische Maßnahmen für Griechenland - *Bericht: Iskra Mihaylova, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Lehren aus der Rotschlammkatastrophe in Ungarn – fünf Jahre nach dem Unfall, *Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Die Rolle der lokalen Behörden in Entwicklungsländern bei der Entwicklungszusammenarbeit - *Bericht: Eleni Theocharous, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Tagungskalender des Parlaments – 2017, *Abstimmung Mittwoch*
- Ausfuhrkontrollen im Zusammenhang mit Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach den Hacking-Team-Enthüllungen, *Debatte Montag*